

Stephan Raabe	Leiter Außenstelle Polen
---------------	-----------------------------



Positive Medienresonanz auf den Merkel-Besuch in Polen

17. August 2005

☎: 0048-22-8453894

Der Besuch der Kanzler-Kandidatin Frau Merkel am 16. August 2005 in Warschau stieß bei den polnischen Medien auf **großes Interesse**. Bei der Pressekonferenz im Königsschloss waren Vertreter aller bedeutenden Medien anwesend. Dementsprechend war das Thema – im Gegensatz zu Deutschland - in allen Nachrichtensendungen des Fernsehens und anderntags in der Presse prominent vertreten. Dabei standen die Bilder der gemeinsamen Kranzniederlegung von Tusk und Merkel vor dem Mahnmal des Warschauer Aufstandes und die Bilder und Aussagen der gemeinsamen Pressekonferenz ganz im Vordergrund.

Als Kernbotschaften wurden die **Gemeinsamkeiten in der Ostpolitik** - „nicht über den Kopf Polens hinweg“ - sowie der andauernde Dissens beim **Zentrum gegen Vertreibungen** (ZgV) sachlich vermittelt. Insgesamt ergab sich jedoch **ein positives Bild** der Gemeinsamkeit. Vertreter der Bürgerplattform zeigten sich sehr zufrieden mit dem guten Medienecho und der Präsentation ihres Präsidentschaftskandidaten Tusk.

In allen **Fernsehnachrichten** am Abend wurde der Besuch als drittes oder viertes Thema in längeren Berichten präsentiert (im Vordergrund stand hier u.a. der Steuerskandal des linken Präsidentschaftskandidaten Cimoszewicz).

In der Sendung „**FAKTY**“ (19:00 h) vom kommerziellen TV-Sender **TVN** wurde zunächst die Person Merkel vorgestellt, Stereotypen wurden nicht vermieden – angefangen von der Frisur und dem Stil Frau Merkels und Beurteilungen durch einen etwas merkwürdig aussehenden deutschen „Stylisten“. Dann wurde von dem Besuch in Warschau nachrichtlich berichtet zunächst zum Zentrum gegen Vertreibungen. Aussagen Merkels, dass man das Erinnern nicht verbieten könne, ihre Bitte um Vertrauen. Anschließend die Bemerkungen zur neuen Qualität der deutschen Außenpolitik.

In den Nachrichten „**Wiadomości**“ (19:30 h) des öffentlich-rechtlichen Senders **TVP 1** wurde die Geste beim Denkmal des Warschauer Aufstandes mit der Bemerkung verbunden, dass die Geschichte Polen und Deutsche doch trennen könne. Das Zentrum gegen Vertreibungen sei ein Trennfaktor. Frau Merkel habe versucht, Polen zu beruhigen (keine Unterstützung für die „Preußische Treuhand“, keine Relativierung der Geschichte) und um Vertrauen gebeten. Auf der anderen Seite hätten die Polen die Zusage einer neuen Ostpolitik. „Die deutschen Politiker, die nach Moskau fliegen, werden auf dem Weg auch in Warschau landen“ – wurde Tusk zitiert. Hervorgehoben wurde, dass Frau Merkel gemeinsam mit dem Vorsitzenden der PO öffentlich auftrat und nicht mit dem Präsidenten oder Premierminister. Die Bürgerplattform werde der künftige Partner der CDU sein. Der Abgeordnete Jurek der PiS kommentiert dies: „Das ist der Preis für unsere Entschlossenheit“ (gemeint: in der Verteidigung polnischer Interessen). Ein anschließendes Schaubild der Positionen von PO und PiS macht jedoch deutlich, dass hier die PO der PiS prinzipiell nicht nachsteht.

Ganz ähnlich die Nachrichten auf **TVP 2** (22:00 h) mit Bildern der Kranzniederlegung und der Pressekonferenz.

Auch im polnischen **Rundfunk** wurde von dem Besuch viel berichtet, betont wurden Aussagen Merkels, dass Deutschland und Europa ein starkes und selbstbewusstes Polen bräuchten, mit dem man gemeinsam die Politik gestalten könne. Drei Themen wurden in allen Medien angesprochen: europäische Ostpolitik, ZgV und Entschädigungsforderungen. Der polnische Rundfunk brachte zudem Aussagen von Veteranen des Aufstandes, die die Geste Frau Merkel hochschätzten.

In den drei großen **Tageszeitungen** Rzeczpospolita (Rz) und Gazeta Wyborcza (GW) und Fakt wird sachlich berichtet mit Bildern von Angela Merkel.

In der eher konservativen Tageszeitung **Rz** (Aufl. ca. 200.000) heißen die Schlagzeilen: **„Nichts über eure Köpfe“** (S. 1), **„Forderungen ohne Chance“** (S. 6). Hervorgehoben werden folgende Äußerungen **Merkels**: Gleichrangigkeit der Beziehungen Deutschlands zu Frankreich und Polen. Keine Achse Paris-Berlin-Moskau zu Lasten Polens. Keine Entscheidungen über Polen hinweg. Gemeinsame Ostpolitik im EU-Rahmen. Wunsch nach starkem Polen zur Durchsetzung gemeinsamer Vorhaben in der EU. Wunsch nach europäischem Charakter des ZgV, dabei Berücksichtigung polnischer Befürchtungen, keine Absicht der Relativierung der polnischen Opfer. Keine Unterstützung für Entschädigungs-Forderungen von Vertriebenen. **Tusk**: „Absichten Frau Merkels sind für Polen fundamental positive Veränderung der deutschen Strategie. Das bedeutet, dass nach den kommenden Wahlen eine neue europäische Ostpolitik entstehen wird, in der unsere Rolle ernst genommen wird.“ Die PO lehne allerdings Pläne zum ZgV weiterhin ab.

In der liberalen **GW** („Aufl. ca. 480.000) ist die Schlagzeile (S. 5): **„Wir erinnern uns an das Schicksal Polens“**. „Nach den Bundestagswahlen werden wir Forderungen deutscher Bürger gegen Polen nicht unterstützen, Polen hingegen im Dialog mit Weißrussland und Russland beistehen“ – habe Merkel versprochen. Sie habe unterstrichen, dass die Ostpolitik Deutschlands nicht über die Köpfe Polens hinweg geführt werde. Merkel habe mit Präsident Kwaśniewski, Premier Belka und dem Vorsitzenden der Bürgerplattform, Donald Tusk, gesprochen, den sie als **„Freund“** angesprochen habe. Die politischen Beobachter sähen in Merkel schon die nächste Kanzlerin Deutschlands und in Tusk den neuen Präsidenten Polens.

Merkel habe versichert, dass für Sie die deutsch–polnischen Beziehungen sehr wichtig seien und die Beziehungen den gleichen Rang haben sollten wie die deutsch-französischen. Sie habe Polen eine Unterstützung in der Weißrussland-Problematik zugesagt und eine wichtige Veränderung in der deutschen Politik angekündigt: Es werde keine Paris-Berlin-Moskau an Polen vorbei mehr geben, denn die europäische Ostpolitik müsse gemeinsam formuliert werden. Deutschland werde weiterhin seine Beziehungen zu Russland entwickeln, aber zu diesem Thema sollte die ganze Union einstimmig sprechen.

Merkel habe alle Finanzforderungen abgelehnt, die von Gruppierungen wie der „Preußischen Treuhand“ gegenüber Polen gestellt wurden. Sie sei allerdings weiterhin überzeugt von der Sinnhaftigkeit eines „ZgV“, nehme polnische Ängste ernst, aber versicherte, dass das Zentrum der Dokumentation des menschlichen Leidens und nicht der Relativierung der Tatsachen dienen solle. Sie betonte mehrmals, dass Deutschland zu diesem Thema offen sei für Kompromisse. Tusk kündigte an, dass nach den Wahlen beide Länder sich um ein noch besseres Verhältnis bemühen würden.

Im Boulevard Blatt **„Fakt“** (Aufl. ca. 520.000) des Springer Konzerns, der bereits gestern ein großes Interview mit Angela Merkel gebracht hatte („Polen so wichtig wie Frankreich“ (S. 1), „Keine Handlungen über die Köpfe Polens hinweg“ (S. 2/3)), wird über den Besuch auf Seite 7 kurz berichtet mit einem Bild von Kwasniewski und Merkel. Überschrift: „Wir wollen die Nachbarschaft stärken“. Auf den Seiten 2/3 ein langer Beitrag von Donald Tusk über die polnische Ostpolitik unter der Überschrift „Es ist uns nicht erlaubt, uns vor Russland zu fürchten“.